

Protokoll Gemeinderat - öffentlich - vom 13.10.2020

1) TOP Einwohnerfragen

Oberbürgermeister Pauly: Die heutige neue Sitzordnung sei auf Vorschlag und Antrag der GUB-Fraktion versuchsweise vorgenommen worden. Am Ende der Sitzung habe der Gemeinderat Gelegenheit, darüber abzustimmen, ob diese für künftige Sitzungen beibehalten werden soll.

Herr Andreas Schneeberger: Als Anwohner am Hindenburgring stelle sich ihm die Frage, ob die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) die neuen Mietwohnungen nur an Bundesbedienstete vermiete, oder ob die jetzigen Mieter auch zum Zuge kämen.

2) TOP 4-063/20 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung des Technischen Ausschusses am 22. September 2020 gefassten Beschlusses

Der in der nichtöffentlichen Sitzung des Technischen Ausschusses am 22. September 2020 gefasste Beschluss wird bekanntgegeben.

3) TOP SG13-004/20 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlüsse

Der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 29. September 2020 gefasste Beschluss wird bekanntgegeben.

4) TOP 4-054/20 Bebauungsplan "Hans-Thoma-Höfe" / Donaueschingen - Aufstellungsbeschluss, Billigung Planentwurf und frühzeitige Beteiligung Öffentlichkeit und Behörden

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 4-054/20 ein.

Herr Läufer, fsp-Stadtplanung, Freiburg, führt dem Gemeinderat die Präsentation „Hans-Thoma-Höfe“ vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Oberbürgermeister Pauly: Aus Sicht der Stadt sei das neue Projekt zu befürworten. Dadurch werde preisgünstiger Wohnraum mit aktuellen Standards geschaffen. Es seien 50% mehr Wohneinheiten sowie Tiefgaragen geplant. Nach Zustimmung der Aufstellung des Bebauungsplanes könne das Planungsverfahren beginnen.

Herr Kimling, Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA): In erster Linie stehe der neu geschaffene Wohnraum Bundesbediensteten zur Verfügung. In Donaueschingen seien das vor allem Bundeswehrangehörige. Bei fehlender Nachfrage seien Landesbedienstete mietberechtigt und danach Kommunalbeschäftigte. Die noch verbleibenden Mietwohnungen würden allen Wohnungssuchenden angeboten. Das Anliegen des Anwohners (s. TOP 1 Einwohnerfragen) werde berücksichtigt, es gebe für derzeitige Mieter ein gewisses Vorrecht. Dabei werde nach einer sozialverträglichen Regelung gesucht

Der Abriss der vorhandenen, teils leerstehenden Bausubstanz sei im Jahr 2021 geplant.

Fraktionssprecher Blaurock fragt nach, warum keine Renovierung in Frage gekommen sei, wie hoch der Quadratmeterpreis sei, wieviel neue Wohnraumfläche geschaffen werde, wie hoch der Energieverbrauch sein werde und ob es beispielsweise ein Nahwärmekonzept geben werde.

Stadtrat Wild: Der Entwurf des Bebauungsplans sei insgesamt gut. Er hoffe aber, dass es keine Luxussanierungen gebe, um doppelte Mietpreise verlangen zu können.

Hinsichtlich der Vermarktung sehe er einen ungünstigen Wettbewerb zum nahegelegenen Neubaugebiet „Am Buchberg“ der städtischen Konversions- und Entwicklungsgesellschaft (KEG).

Fraktionssprecher Vetter: Der Bebauungsplan sei gut durchdacht. Er schlage vor, die Mieter von Wohnungen des 1. Bauabschnitts während der dortigen Baumaßnahmen in Wohnungen des 2. Bauabschnitts umzusiedeln, um die Situation zu entschärfen.

Die SPD-Fraktion beantragt zudem, eine gewisse Anzahl an neuen Mietwohnungen auf dem freien Wohnungsmarkt anzubieten.

Stadtrat Lind fragt nach, ob es bei den geplanten Flachdächern einen Dachvorsprung gebe, da andernfalls die Fassade schneller verschmutzt werde.

Fraktionssprecher Greiner fragt nach der Zimmeranzahl der Wohnungen und ob es bei der Auswahl der Mieter eine Einkommensprüfung gebe, damit besser Verdienende nicht die preisgünstigen Wohnungen bekämen.

Stadtrat Durler fragt nach, wieviel Bestandswohnungen derzeit vermietet seien.

Stadtrat Kaiser fragt nach, ob es ein Mischgebiet gebe und die Nutzung durch den Einzelhandel vorgesehen sei.

Herr Läufer nimmt zu den einzelnen Fragen Stellung und verweist auf die Folien 27,28 und 34. Es gebe 116 Bestandswohnungen davon seien 32 leerstehende Wohnungen, die als Flüchtlingsunterkünfte genutzt worden seien. Geplant seien 177 neue Wohneinheiten, die als 2- bis 5-Zimmer-Wohnungen preisgünstig vermietet werden sollen (Folie 36). Für Interessenten werde es ein Antragsformular geben, um personenbezogene Daten, unter anderem auch Einkommensverhältnisse, zu erfassen. Die Auswahl der Mietparteien erfolge nach Bewertung verschiedener Kriterien unter Berücksichtigung sozialer Kriterien. Er betont, dass das Marktgeschehen als Ganzes gesehen werden müsse. Die privilegierten Mieter des öffentlichen

Dienstes, die in dem neuen Wohngebiet Wohnraum fänden, würden auch keine Wohnungen mehr auf dem freien Wohnungsmarkt nachfragen.

Im Bereich Dürrheimer Straße solle ein Mischgebiet ausgewiesen werden (Folie 36).

Flachdächer seien vorgesehen, um durch die Begrünung und die Installation von Photovoltaikanlagen einen Beitrag zum Umweltschutz zu leisten. Die Nutzung durch den Einzelhandel werde noch geprüft.

Herr Kimling: Zur Energieversorgung sei ein Nahwärmekonzept vorgesehen. Die Art der Energieversorgung sei aber noch nicht abschließend geklärt. Er gehe davon aus, dass auch Wohnungen auf dem freien Markt angeboten werden. Es gebe ungefähr 60 bis 70 große, neue Wohnungen. Eine Luxussanierung sei nicht geplant. Die BlmA sei angehalten sozial verträgliche Wohnungen anzubieten.

Stadträtin Weishaar fragt nach, ob die Anbindung an bestehende Radwege erfolge.

Herr Läufer erläutert auf Nachfrage von Stadtrat Roland Erndle detailliert die Gestaltung der Außenbereiche auf Seite 7 mit Ruhebereich, Spielplätzen und Sonnensegeln.

Herr Kimling: Das Anliegen der Schaffung von Radwegen und der Anbindung an das bestehende Radwegenetz werde geprüft.

Beschluss:

1. Der Aufstellung des Bebauungsplanes „Hans-Thoma-Höfe“, Donaueschingen, wird gemäß § 2 Baugesetzbuch zugestimmt.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes wird gebilligt.
3. Der Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 Baugesetzbuch wird zugestimmt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

5) TOP 4-057/20 Platz- und Straßenbenennungen / Konversionsgebiet "Am Buchberg"

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage 4-057/20 ein. Die Benennung der Straßen nach jüdischen Mitbürgerinnen sei ein klares Statement der Stadt und würdige diese. Die Platzbenennung nach einem ehemaligen französischen Mitbürger bringe die deutsch-französische Freundschaft zum Ausdruck.

Zu Beschlussvorschlag Nr. 3 liege ein Antrag der CDU-Fraktion vor. Daher werde statt Beschlussvorschlag Nr. 3 über diesen Antrag getrennt von den anderen Vorschlägen abgestimmt. Der Antrag laute „Die Prinz-Karl-Egon-Straße wird in Prinz-Kari-Straße umbenannt“.

Er fragt den Gemeinderat, ob es Widerspruch gebe.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Stadträtin Wiemer führt aus, dass die Idee, die Straßen nach jüdischen Bürgern der Stadt Donaueschingen zu benennen, von der CDU-Fraktion stamme. Die Namen der jüdischen Frauen stünden stellvertretend für alle Jüdinnen und deren Familien, die Opfer des Nationalsozialismus geworden seien und den Mut bewiesen hätten, mit ihrem Schicksal neu zu beginnen und weiterleben zu können. Die Stadt setze hier ein Zeichen.

Fraktionssprecher Greiner: Die Vorarbeit sei durch Stadtführungen und den Flyer von Stadträtin Wiemer geleistet worden. Daraus sei die Idee entstanden. Die Namensgebung nach ausschließlich jüdischen Mitbürgerinnen sei nicht nachvollziehbar. Die CDU-Fraktion hätte gerne die gesamte jüdische Familie gewürdigt, werde aber zustimmen, da es wichtig sei, in diesem Punkt einvernehmlich zu entscheiden. Die Fraktion werde ihre Beweggründe der unterschiedlichen Auffassung schriftlich per E-Mail als Anlage zur Niederschrift nachreichen. Bei den übrigen Beschlussvorschlägen Nr. 1-2 und 4-9 werde die CDU-Fraktion ebenfalls zustimmen.

Stadträtin Bronner: Bei diesem wichtigen Thema habe sie gerne in der Arbeitsgruppe mitgewirkt. Der Schwerpunkt im südlichen Bereich liege bei der deutsch-französischen Vergangenheit. Der Namensgeber „André Noël“ habe eine bedeutende Rolle in Donaueschingen gespielt und sich für den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt. Der neue Name stehe für eine friedliche Nutzung des Platzes. Daher habe die Fraktion der Grünen den Vorschlag gemacht, die Platzbezeichnung mit „Garten“ oder „Park“ zu ersetzen. Es gebe auch eine Straße „Am Karlsgarten“, der keine falschen Vorstellungen auslöse.

Stadtrat Reith hebt hervor, dass es richtig sei, jüdischen Frauen mit den Straßennamen eine besondere Bedeutung zukommen zu lassen. Ihr Kriegsleiden sei bislang wenig dokumentiert worden. Der bloße Familienname „Guggenheim“ beispielsweise komme häufiger vor und lasse nicht unbedingt einen historischen Bezug mit Donaueschingen vermuten. Er schlage vor, die offizielle Benennung mit einem Festakt zu verbinden, um die besondere Botschaft sichtbar zu machen. Er danke auch Frau Stadträtin Wiemer, die zu den Überlebenden der jüdischen Familien Kontakt aufgenommen habe und freue sich, dass alle mit der Namensgebung einverstanden gewesen seien.

Stadträtin Weishaar: Besondere Dank gelte Herrn Dr. Wilts, Präsident der Gesellschaft der Musikfreunde, der deutsch-französischen Gesellschaft sowie Stadträtin Wiemer für ihr Engagement und Überzeugungsarbeit. Sie habe einen wertvollen Beitrag für die Stadt geleistet. Sie schleiße sich den Vorschlägen an.

Stadtrat Dr. Kaminski: Er bitte darum, über Vorschlag Nr. 8 getrennt abzustimmen.

Oberbürgermeister Pauly fragt das Gremium, ob es Widerspruch gebe, die Beschlussvorschläge Nr. 3 und Nr. 8 getrennt abzustimmen.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Stadtrat Lienhard erläutert den schriftlichen Antrag der CDU-Fraktion, die Straße Prinz-Karl-Egon-Straße in „Prinz-Kari-Straße“ umzubenennen. Der Antrag liegt der Niederschrift bei. Er sehe die historische Chance einer verhältnismäßig unproblematischen Umbenennung gekommen. Die äußere Erscheinung der Straße werde sich ohnehin bis 2025 ändern.

Oberbürgermeister Pauly: Da noch niemand in der Straße wohne, müsse keiner seine Anschrift ändern lassen.

Stadtrat Roland Erndle: Er denke dabei an künftige Anwohner, für die der Straßennamen „Prinz-Kari-Straße“ einfacher wäre. Daher stimme er für den Antrag.

Oberbürgermeister Pauly schlägt dem Gemeinderat vor, anstelle des Beschlussvorschlags Nummer 3 über den Antrag der CDU-Fraktion „Die Prinz-Karl-Egon-Straße wird in Prinz-Kari-Straße umbenannt“ abzustimmen.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Beschluss:

1. Die Zuordnung der nördlichen Straße zur Villinger Straße wird beibehalten.
2. Die Straßenbenennung Am Tafelkreuz wird beibehalten.
4. Dem Vorschlag, die Planstraße 4 Henriette-Lindner-Weg zu benennen, wird zugestimmt.
5. Dem Vorschlag, die Planstraße 5 Frieda-Weil-Weg zu benennen, wird zugestimmt.
6. Dem Vorschlag, die Planstraße 6 Bona-Guggenheim-Weg zu benennen, wird zugestimmt.
7. Dem Vorschlag, die Planstraße 7 Regina-Bensinger-Weg zu benennen, wird zugestimmt.
9. Die Namensgebung der neuen Realschule erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

(33 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

8. Dem Vorschlag, den ehemaligen Exerzierplatz André-Noël-Platz zu benennen, wird zugestimmt.

(27 Ja, 0 Nein, 6 Enthaltungen)

3. Die Prinz-Karl-Egon-Straße wird in Prinz-Kari-Straße umbenannt.

(13 Ja, 18 Nein, 2 Enthaltungen)

Der Antrag der CDU-Fraktion ist abgelehnt.

6) TOP 7-024/20 Haushalt 2021 - Einbringung des Entwurfs

Oberbürgermeister Pauly führt in die Sitzungsvorlage Nr. 7-021/20 ein.

Amtsleiter Zoller führt dem Gremium die Präsentation „Eckdaten des Haushalts 2021 der Stadtverwaltung Donaueschingen“ vor. Die Präsentation ist der Niederschrift beigefügt.

Der Ergebnishaushalt werde dieses Jahr mit einem veranschlagten Gesamtergebnis von -1,78 Millionen Euro nicht ausgeglichen sein. Da die Stadt Donaueschingen in den letzten Jahren gute Ergebnisse erzielen konnte, könne dieses Jahr überbrückt werden.

Unter Verweis auf die Folie „Finanzplanung 2022-2024 intensiv“ bittet Amtsleiter Zoller das Gremium unter allen wichtigen Projekten diejenigen auszuwählen, die in den nächsten vier Jahren durchgeführt werden sollen.

Bürgermeister Graf: In der mittelfristigen Finanzplanung 2022-2024 gebe es einen Kreditbedarf von ca. 34,1 Millionen Euro (s. Folie). Um diesen Kreditrahmen deutlich zu reduzieren, schlage er vor, millionenteure Projekte wie die Erweiterung und Sanierung des Rathauses II, das Gestaltungskonzept des südlichen Kernstadtbereichs sowie das Parkdeck Mühlenstraße aus der mittelfristigen Finanzplanung herauszunehmen. Das reduziere den Kreditbedarf um ca. 9,6 Millionen Euro (Nettoeigenmittel). Das würde das Ergebnis nachhaltig verbessern. Bezüglich der verbleibenden 24 Millionen Euro solle genau geprüft werden, welche weiteren Maßnahmen entbehrlich seien und welche Maßnahmen erforderlich seien.

Oberbürgermeister Pauly erinnert dabei an die Klausurtagung 2020. In den vergangenen Jahren habe die Stadt Donaueschingen gute Jahre mit steigenden Einnahmen erlebt. Es sei vieles richtig gemacht worden und es sei mit Augenmaß gewirtschaftet worden. Die Folgen der Pandemie seien hingegen unberechenbar.

Das ursprüngliche Defizit im Ergebnishaushalt habe -3,7 Millionen Euro betragen. Da die geplanten Aufwendungen somit zu hoch gewesen seien, habe die Verwaltung insgesamt ungefähr 2 Millionen Euro gekürzt. Der ursprüngliche Entwurf sei in Gremieninformationssystem eingestellt, so dass der Gemeinderat die Möglichkeit habe, die Änderungen nachzuvollziehen. Es sei wichtig auch in diesem Jahr eine solide Basis zu schaffen. Der Gemeinderat könne steuern, was umzusetzen sei. Die Verwaltung werde für Beratungen zur Verfügung stehen.

Fraktionssprecher Blaurock: Er bitte die Verwaltung auch um Einsparvorschläge im Ergebnishaushalt, nicht nur im Finanzhaushalt. Zudem bitte er die Verwaltung auch um Vorschläge, wie die Einnahmenseite verbessert werden könne.

Stadträtin Riedmaier fragt nach, ob die digitalen Seiten der Sitzungsvorlage so eingestellt werden könnten, dass die vertikale Seite nach einer Drehung so dauerhaft gespeichert werden könne.

Amtsleiter Zoller: Das werde aufgenommen.

(Auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Das Investitionsprogramm des Haushaltsplanentwurf 2021 werde gerne als Excel Datei weitergeleitet.

Beschluss:

Der von der Verwaltung eingebrachte Entwurf des Haushaltsplanes 2021 wird zur Kenntnis genommen.

7) TOP Mitteilungen der Verwaltung

Musiktage 2020 – Absage

Oberbürgermeister Pauly: In Abstimmung mit dem SWR der Stadt und der Gesellschaft der Musikfreunde sei entschieden worden, die Musiktage 2021 kurzfristig abzusagen. Aus seiner Sicht sei das die richtige Entscheidung gewesen. Das derzeitige Beherbergungsverbot des Landes Baden-Württemberg habe den Ausschlag gegeben, da davon auch viele Mitwirkende betroffen seien.

Verkaufsoffener Sonntag – Absage

Oberbürgermeister Pauly: Der an den Donaueschinger Musiktagen geplante verkaufsoffene Sonntag am 18. Oktober 2020 könne aufgrund der Absage der Musiktage ebenfalls nicht stattfinden.

Mitteilung Gemeindeprüfanstalt

Oberbürgermeister Pauly: Das Regierungspräsidium Freiburg habe mit Schreiben vom 28.09.2020 mitgeteilt, dass die Gemeindeprüfanstalt im Prüfungsverfahren der „Bauausgaben der Stadt Donaueschingen für die Jahre 2015-2018“ die uneingeschränkte Abschlussbestätigung erteilt hat.

Landesförderung

Oberbürgermeister Pauly: Er freue sich mitteilen zu können, dass die Stadt am 7. Oktober 2020 einen Zuwendungsbescheid vom Regierungspräsidium Freiburg erhalten habe und rund 161.000 Euro Landesfördermittel für das wasserwirtschaftliche Vorhaben der Wasserversorgung Donaueschingen Gutterquelle, bewilligt worden seien.

8) TOP Anfragen und Anträge aus dem Gemeinderat

Budgets für Ortsteile

Fraktionssprecher Rainer Hall: Bei der letzten Ortsteilbegehung im Rahmen der Haushaltsberatungen sei aufgefallen, dass für die Ortsverwaltungen und Ortsvorsteher kein Budget zur Verfügung stehe, um kleine Sanierungs- und Reparaturmaßnahmen, beispielsweise auf Spielplätzen, selbst durchzuführen. Er schlage vor, den Ortschaften ein Budget, gemessen an der Einwohnerzahl, zur Verfügung zu stellen, über das sie selbständig verwalten können.

Oberbürgermeister Pauly: Die Technischen Dienste der Stadt Donaueschingen seien beauftragt, jedes Jahr einen Spielplatz in einem anderen Ortsteil zu sanieren. Für andere Maßnahmen stünden den Ortsteilen gewisse Budgets zur Verfügung. Das Anliegen müsse geprüft werden.

Einweihung Bahnhofunterführung

Stadträtin Wiemer: Die Bahnunterführung sei sehr schön saniert worden. Jedoch habe die Deutsche Bahn nicht den städtischen Teil der Bahnunterführung saniert, so dass der Übergang nun deutlich sichtbar sei. Sie bitte die stark verschmutzte Unterführung an dieser Stelle zu reinigen.

Änderung der Vorfahrtsregelung, Karlstraße

Bürgermeister Graf (auf Nachfrage von Stadtrat Reith): Die Änderung der Vorfahrtsregelung sei Folge der Umwidmung Karlstraße von einer Spielstraße in eine 20er Zone und vorschriftsgemäß. Eine Ausnahmeregelung mit zusätzlichen Verkehrsschildern sei nicht vorgesehen.

Neue Sitzordnung Mozart Saal

Stadtrat Reinholz: Er finde die neue Sitzordnung großartig und freue sich über den Vorschlag der GUB-Fraktion, da er die Mitglieder des Gemeinderats nicht mehr nur von hinten sehe. Die Mehrheit der Gemeinderäte stimmt dem zu.

Stadträtin Zwetschke beklagt eine schlechte Akustik. Das Anliegen wird aufgenommen.

Oberbürgermeister Pauly fragt das Gremium, ob diese Sitzordnung beibehalten werden soll.

Hierzu ergeht kein Widerspruch.

Der Antrag der GUB-Fraktion über eine neue Sitzordnung ist angenommen. Der Sitzplan ist der Niederschrift beigefügt.